

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0034/08/rev.1

gemäß Artikel 108 der Geschäftsordnung

von Simon Busuttil, Agustín Díaz de Mera García Consuegra und Patrick Gaubert im Namen der PPE-DE-Fraktion, Roberta Angelilli im Namen der UEN-Fraktion  
an den Rat

Betrifft: Illegale Einwanderung, externe Maßnahmen der EU und von Frontex

Mit Beginn des Frühlings und besserem Wetter hat erneut der Zustrom illegaler Einwanderer über das Mittelmeer und den Atlantik eingesetzt und für starken Druck auf die südlichen Mitgliedsländer der EU gesorgt. Boote überqueren den Atlantik von der afrikanischen Küste zu den Kanarischen Inseln und vom südlichen Mittelmeer nach Griechenland, Malta, Italien und Südspanien.

Zuverlässigen Informationen zufolge warten zahlreiche Menschen auf eine Überfahrt (vor allem aus der westlichen Sahara, Mauretanien, Senegal, der Republik Guinea und Libyen), und kriminelle Organisationen stehen bereit, um sie auszubeuten. Potenzielle Einwanderer bezahlen viel Geld für eine Überfahrt in kleinen, nicht seetauglichen Booten, allzu häufig bezahlen viele von ihnen jedoch auch mit ihrem Leben.

Trotz zahlreicher Bemühungen der Kommission und der EU-Agentur Frontex hat es nicht den Anschein, dass das Phänomen der illegalen Einwanderung unter Kontrolle ist, und das Europäische Parlament ist besorgt darüber, dass die Mitgliedstaaten die Agentur nicht ausreichend unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die Verpflichtungen im Rahmen von CRATE.

Dennoch ist dies nicht das erste Jahr, in dem wir mit diesem Zustrom konfrontiert werden, und man sollte erwarten, dass die Mitgliedstaaten besser vorbereitet sind als in vorangegangenen Jahren.

- Ist der Rat Ansicht, dass die Mitgliedstaaten dieses Jahr ausreichend auf die Herausforderung der illegalen Einwanderung vorbereitet sind?
- Ist der Rat davon überzeugt, dass es dieses Jahr kein weiteres menschliches Drama mit zahlreichen Toten auf See geben wird?
- Ist der Rat davon überzeugt, dass die Mitgliedstaaten Frontex ausreichend bei ihrer Aufgabe unterstützen, ihre Maßnahmen zum Schutz der Außengrenzen der EU zu koordinieren?
- Beabsichtigt der Rat, den Grundsatz der „obligatorischen Solidarität“ auszuweiten, durch den die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, sich in Grenzfragen zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf CRATE?

Eingang: 11.04.2008

Weiterleitung: 14.04.2008

Fristablauf: 05.05.2008